

Vier weitere EU-Staaten zur Anerkennung von Palästina bereit

Art des Inhalts: Nachrichten



"Wir waren uns alle einig, dass der einzige Weg zu dauerhaftem Frieden und Stabilität in der Region in der Umsetzung einer Zweistaatenlösung besteht, bei der ein israelischer und ein palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben", schrieben die vier EU-Staats- und Regierungschefs in ihrer Erklärung. [EPA-EFE/MOURAD BALTI TOUATI]

 Euractiv ist Teil von The Trust Project >>>

Irland, Malta, Slowenien und Spanien erklärten am Freitag (22. März), sie seien bereit, Palästina als Staat anzuerkennen. Dies sei der „einzige Weg, um Frieden und Sicherheit“ in der kriegsgeplagten Region zu erreichen.

„Wir haben gemeinsam unsere Bereitschaft erörtert, Palästina anzuerkennen, und gesagt, dass wir dies tun werden, wenn es einen positiven Beitrag leisten kann und die Umstände stimmen“, schrieben Irland, Malta, Slowenien und Spanien in einer gemeinsamen Erklärung nach einem EU-Gipfel in Brüssel.

Die vier europäischen Staats- und Regierungschefs haben nicht präzisiert, welche „Umstände“ dies umfassen würde.

Auf die Frage von Reportern, welche Bedingungen erfüllt sein müssten, antwortete der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez: „Wir müssen entscheiden, wann wir es tun, wann wir zu einer Lösung beitragen, und deshalb ist es eine Frage der politischen Einschätzung.“

„Es ist an der Zeit, dass diese Anerkennung dem Friedensprozess, der Beendigung der Gewalt und damit der Schaffung eines dauerhaften Friedens mit Sicherheit und gegenseitiger Anerkennung durch die arabische Gemeinschaft gegenüber dem israelischen Staat und durch den Rest des Westens gegenüber dem palästinensischen Staat hilft.“

„Wir dürfen nie vergessen, dass es mehr als 130 Staaten in der Welt gibt, die den palästinensischen Staat bereits anerkannt haben, und deshalb sprechen wir über den Westen im Allgemeinen und über die Europäische Union und viele Mitgliedstaaten im Besonderen“, sagte Sánchez.

In Spanien und Irland ist die Anerkennung Teil des Regierungsprogramms.

Malta machte bereits 1988 einen ersten Schritt zur staatlichen Anerkennung Palästinas, ebenso wie die osteuropäischen Staaten Bulgarien, die Tschechische Republik, Rumänien und die Slowakei. Die Entscheidung wurde jedoch nie vollständig umgesetzt.

Derzeit erkennen nur zehn der 27 EU-Mitgliedstaaten Palästina als Staat an.

Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, sagte zu diesem Schritt: „Die Idee ist, einen Prozess in Gang zu setzen, der möglicherweise Schritte berücksichtigt, die auf beiden Seiten gemacht werden können.“

Einen Tag zuvor hatten die Staats- und Regierungschefs der EU am Donnerstag (21. März) einen Durchbruch erzielt. Sie forderten eine „sofortige humanitäre Pause, die zu einem dauerhaften Waffenstillstand“ im Gazastreifen führt. Außerdem forderten sie Israel auf, keine größere Bodenoffensive in der südlichsten Stadt Rafah zu starten.

Nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober hat die EU um eine einheitliche Reaktion auf die israelische Militäroperation gerungen.

Die Vereinten Nationen und humanitäre Organisationen haben vor der Gefahr einer Hungersnot gewarnt. Die Staats- und Regierungschefs der EU forderten einen „vollständigen, schnellen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe“ in den Gazastreifen.



Sie haben auch die Bemühungen um einen Nahost-Friedensprozess wiederbelebt. Die EU hat dazu einen Plan für eine „glaubwürdige, umfassende Lösung“ des israelisch-palästinensischen Konflikts vorgelegt.

„Wir waren uns alle einig, dass der einzige Weg zu dauerhaftem Frieden und Stabilität in der Region in der Umsetzung einer Zweistaatenlösung besteht, bei der ein israelischer und ein palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben“, schrieben die vier EU-Staats- und Regierungschefs in ihrer Erklärung.

[Bearbeitet von Zoran Radosavljevic/Kjeld Neubert]

© 1999 - 2024 | Efficacité et Transparence des Acteurs Européens. EURACTIV MEDIA NETWORK BV. | Nutzungsbedingungen | Kontaktieren Sie uns

